



Zur Beachtung!

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.

Beitrag: **Keine Seenotrettung im Mittelmeer - das Ende der Humanität?**

Bericht: Nikolaus Steiner, Andreas Spinrath

Datum: 05.07.2018

Georg Restle: „Kein Drama also an den deutschen Grenzen, dafür ein umso größeres auf dem Mittelmeer. Ein ziemlich erbärmliches Schauspiel spielte sich da in den letzten Wochen ab. Rettungsschiffe von privaten Hilfsorganisationen kreuzten tagelang auf hoher See, weil kein europäischer Staat die Flüchtlinge aufnehmen wollte. Das Ziel einiger europäischer Regierungen: Die Schiffe aus dem Verkehr zu ziehen. Und das ist ihnen jetzt offenbar gelungen. Seit dieser Woche ist keines der Schiffe mehr im zentralen Mittelmeer unterwegs. Dabei steigt die Zahl der ertrunkenen Flüchtlinge wieder dramatisch an. Erst vor wenigen Tagen wurden diese Leichen an der libyschen Küste geborgen. Allein im Juni starben 629 Menschen im Mittelmeer, so viele wie noch nie in einem Juni, seit diese Zahlen erfasst werden. Bilder, von denen wir gehofft hatten, dass wir sie Ihnen nie wieder zeigen müssen. Nikolaus Steiner war für uns unterwegs auf der Mittelmeerinsel Malta.“

Malta vergangene Woche. Das Rettungsschiff „Lifeline“ läuft in den Hafen ein. 233 Menschen sind an Bord, die aus Seenot gerettet worden waren. Kein europäischer Staat wollte die Menschen an Land lassen. Nach sechs langen Tagen erlaubte Malta schließlich die Einfahrt. Die Bilder von Bord der „Lifeline“ lassen erahnen, was sich in diesen sechs Tagen alles abgespielt hat. Zeitweise meterhoher Wellengang, 251 Menschen auf einem 32 Meter langen Schiff. Viele werden seekrank, übergeben sich, dehydrieren, berichtet die Crew. Kriegsschiffe sind in Sichtweite, nehmen aber keine Menschen auf. Mehrfach bittet die Mannschaft in einen Hafen einlaufen zu dürfen - vergeblich.

Claus-Peter Reisch, Kapitän „Lifeline“: „Das ist was, was ich auch der Politik vorwerfe, man hat uns da viele, viele Tage - wir haben am 21. die Rettung gehabt, am 27. durften wir hier einlaufen -

hat man uns einfach hängen lassen. Und das ist eigentlich in meinen Augen ein Ding der Unmöglichkeit.“

Der Kapitän der „Lifeline“, muss sich nun vor Gericht verantworten. Das Schiff ist festgesetzt. Der zentrale Vorwurf: es sei nicht ordnungsgemäß registriert. Ein paar hundert Meter entfernt von der „Lifeline“ im Hafen von Malta liegt ein weiteres Schiff, das ebenfalls festgesetzt ist: Die „Sea-Watch 3“. Der Medizinstudent Jan Schill ist der Einsatzleiter und hat schon mehrere Rettungseinsätze hinter sich. Für ihn ist klar, was es bedeutet, wenn nun keine privaten Retter mehr im zentralen Mittelmeer unterwegs sein können.

Jan Schill, Einsatzleiter „Sea-Watch 3“: „Ein Großteil der Rettungseinsätze in den letzten Monaten, aber auch Jahren, wurde ja von privaten Rettungsschiffen gefahren, und es wurden Menschen aufgenommen, eben die aus dem Wasser geborgen wurden in vielen Fällen. Und diese Menschen werden in vielen Fällen jetzt sterben.“

Doch nicht nur Schiffe werden aus dem Verkehr gezogen. Auch das Suchflugzeug „Moonbird“ der Organisation „Sea-Watch“ darf mittlerweile nicht mehr fliegen, um nach Ertrinkenden Ausschau zu halten und die Situation im Mittelmeer zu dokumentieren.

Tamino Böhm, Einsatzleiter „Moonbird“: „Für mich zeigt das ganz klar, dass mit allen Mitteln verhindert werden soll, dass die Zivilgesellschaft überprüfen kann und Zeuge werden kann von dem, was dort unten passiert. Und „Moonbird“ war in den letzten Monaten Zeuge von mehreren Nicht-Rettungen durch EU Schiffe, durch EU-Militär und das soll verhindert werden, dass wir da weiter den Finger in die Wunde legen.“

Ein schwerer Vorwurf, den die EU-Militärmission Sophia zurückweist: Die Kriegsschiffe würden ihrer Pflicht zur Seenotrettung vollumfänglich nachkommen. Zivile Seenotretter wie die „Lifeline“ dagegen sind der Politik offenbar ein Dorn im Auge.

Horst Seehofer (CSU), Bundesinnenminister, 27.06.2018: „Der bedauernswerte Fall der „Lifeline“ zeigt, wie notwendig es ist und wäre, dass wir endlich ein Regelwerk bekommen in Europa, das den Umgang mit solchen Fällen auflöst.“

Auflösen? Ein Regelwerk, um Seenotretter aus dem Verkehr zu ziehen? Das Kalkül der Hardliner in Europa: Wenn weniger Rettungsschiffe unterwegs sind, werden mehr Flüchtlinge von der Fahrt übers Mittelmeer abgeschreckt, aus Angst zu ertrinken. Aber stimmt das auch? Mark Micallef

glaubt das nicht. Der Malteser forscht seit Jahren zu Menschenschmuggel in Nordafrika und ist Experte für die Schlepperstrukturen in Libyen.

Mark Micaleff, Global Initiative against Transnational Organized Crime, (Übersetzung Monitor): „Wenn wir jetzt Schiffe aus dem zentralen Mittelmeer abziehen - egal ob es Kriegsschiffe sind oder NGO-Schiffe - wird das überhaupt keinen Einfluss auf die Zahl der Menschen haben, die über das Mittelmeer kommen. Wenn die Schlepper, die an der libyschen Küste operieren, sagen, wir werden 3.000 Menschen ausschiffen, dann werden auch 3.000 Menschen aufs Mittelmeer fahren. Nicht mehr, nicht weniger.“

Trotzdem werden private Rettungsschiffe aus dem Verkehr gezogen oder behindert. Die „Luventa“ der Organisation Jugend Rettet - in Italien beschlagnahmt. Auch die „Seefuchs“ der Organisation Sea Eye liegt im Hafen. Vorwurf hier: Das Schiff sei nicht ordnungsgemäß registriert. Und die „Aquarius“ von SOS Méditerranée durfte nicht mehr in Italien und Malta anlegen.

Lotte Leicht, EU-Direktorin Human Rights Watch (Übersetzung Monitor): „Ungeheuerlich. Es ist wirklich ungeheuerlich, dass Menschen, die anderen Menschen auf dem Mittelmeer das Leben retten, aus politischen Gründen kriminalisiert werden. Ich meine, was ist denn die Alternative? Sollen wir Menschen sterben lassen, um andere abzuschrecken? Ist es das, was wir wollen? Ich will kein solches Europa. Und ich glaube, dass auch die meisten Europäer nicht so ein Europa wollen.“

Dabei nimmt die Zahl der Flüchtlinge, die es nach Europa schaffen, massiv ab. Waren es 2015 noch mehr als eine Million, so sind es im ersten Halbjahr dieses Jahres nur rund 57.000. Das liegt auch daran, dass die EU und Deutschland auf die sogenannte libysche Küstenwache setzen. Sie soll jetzt vor allem die Seenotrettung übernehmen, nicht mehr private Hilfsorganisationen.

Angela Merkel (CDU), Bundeskanzlerin, 28.06.2018: „Es gibt eine Verpflichtung, dass man die libysche Küstenwache ihre Arbeit machen lässt. Und es gibt kein Recht, anstelle der libyschen Küstenwache einfach Dinge zu tun. Libyen hat ein Recht auch auf den Schutz seiner Küsten.“

Die Libyer machen lassen? Was das bedeuten kann, konnte man in den vergangenen Tagen sehen. Tote Flüchtlinge, darunter drei Babys werden östlich von Tripolis aus dem Wasser gezogen. Insgesamt ist der Juni der tödlichste Monat dieses Jahres mit 629 Ertrunkenen. Und es gibt sogar Berichte, dass libysche Küstenwächter für das Sterben unmittelbar mitverantwortlich sind. Abd al-Rahman Milad zum Beispiel, einer der mächtigsten Männer westlich von Tripolis. Im Juni hat ihn der UN-Sicherheitsrat auf die Sanktionsliste gesetzt. Begründung:

Zitat: „(...) Milad und andere Mitglieder der Küstenwache sind direkt an der Versenkung von Migrantenbooten mit Schusswaffen beteiligt.“

Libysche Küstenwächter, die laut den Vereinten Nationen Flüchtlingsboote versenken? Milad weist diesen Vorwurf zurück. Aber jetzt gibt es erneut Vorwürfe wegen solcher libyscher Internierungslager, in die die Flüchtlinge zurückgebracht werden. Vorwürfe, die jetzt auch die EU dokumentiert hat. In einem vertraulichen Bericht einer EU-Grenzschutzmission vom April heißt es, die libysche Regierung kontrolliert nur

Zitat: „sieben von 32 Gefängnissen.“

Außerdem gebe es zahlreiche Berichte über:

Zitat: „Menschenrechtsverletzungen, Erpressungen, sexuelle Misshandlungen, Versklavungen, Zwangsprostitution und Folter“

in libyschen Flüchtlingsgefängnissen.

Lotte Leicht, EU-Direktorin Human Rights Watch (Übersetzung Monitor): „Wir sind an einem traurigen Moment der europäischen Geschichte angelangt, in dem man wahrscheinlich sagen kann, dass wir unsere Humanität verloren haben. Und niemand sollte sich täuschen lassen über die wahren Pläne, die da gerade auf sehr aggressive Weise verfolgt werden von einigen der schlimmsten populistischen Regierungen in Europa, die ich jemals erlebt habe.“

Die „Lifeline“ darf den Hafen in Malta vorerst nicht verlassen. Seit dieser Woche ist kein einziges Schiff privater Hilfsorganisationen im zentralen Mittelmeer im Einsatz.
